

🕒 1 min.

Zwang kontra Freiheit

Leser

Die politische Entscheidung, ab Juli 2011 die Wehrpflicht auszusetzen, war damals überzeugend begründet und längst überfällig. Sogar die konservativen Parteien im Deutschen Bundestag, die den Bundesminister der Verteidigung stellten, waren zu der Einsicht gekommen, dass Zwangsverpflichtung Hunderttausender junger Menschen freiheitlicher Lebensgestaltung zuwiderläuft. Militärisch war die Wehrpflicht seit Jahren entbehrlich: Die Zahl der zur Bundeswehr einberufenen Wehrpflichtigen lag seit den 90er-Jahren deutlich unter der Zahl derjenigen, die den Waffendienst verweigerten und stattdessen Zivildienst leisteten.

Der finanzielle, personelle und bürokratische Aufwand, um pro Jahr mehr als 400.000 18-jährige Männer zu "erfassen", zu "mustern" und diejenigen, die dann tatsächlich einen militärischen oder zivilen Dienst leisten, zu begleiten, widerspricht nicht nur freiheitlich-zivilen Werten, sondern liegt zudem ein Vielfaches über dem fiktiven Nutzen von deren Einsatz. Wenn die Zahl potenzieller Zwangsverpflichteter künftig um rund 400.000 junge Frauen erhöht werden sollte, dann würde das umso mehr gelten.

Kurz: Es wirft viele Fragen auf, warum im aktuellen Bundeshaushalt einerseits nicht hinreichend Geld für bewährte Freiwilligendienste vorhanden sein soll, andererseits aber künftig immense Summen für überkommene Zwangsrekrutierungen neu aufgebracht werden sollen: Geht es Boris Pistorius vielleicht nur um Kriegsertüchtigung, koste sie, was sie wolle? Günter Knebel, Bremen